

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg

am 22. September 2021

Verhandelt:

Gaiberg, den 22. September 2021, 19:00 Uhr

Anwesend:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Vorsitzende: | Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel |
| 2. Gemeinderäte: | Dr. Arnold, Alexia
Dr. Haider, Maximilian
Dr. Hennrich, Hans Jürgen
Kick, Boris
Klingmann, Gisela
Dr. Mühleisen, Martin
Müller, Manfred
Müller, Uwe
Schuh, Eric
Volkman, Matthias
Wallenwein, Jochen |
| 3. Schriftführerin: | Angestellte Nina Wesselky |
| 4. Beamte, Angestellte: | Rechnungsamtsleiterin Tanja Edinger |

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 14. September 2021 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 17. September 2021 in den Gemeinde-Nachrichten Nr. 37/2021 bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 12 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Gemeinderat Sauerzapf

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderat Volkman
Gemeinderätin Dr. Arnold

**Öffentliche Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 22. September 2021
um 19.00 Uhr im "BürgerForum Altes Schulhaus"**

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 7/2021 vom 21. Juli 2021
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 21. Juli 2021
3. Bürgerfragestunde
4. "Bebauungsplan 'Oberer Kittel/Wüstes Stück'" weiteres ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB
5. Anhörung von sachkundigen Einwohnerinnen zum Bürgerbegehren „Aussetzung des Hiebsplanes- rücksichtsvoller und sorgsamer Umgang- keine flächendeckende Rodung mit schwerem Gerät“
6. Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zur Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses zum Hiebsplan Gaiberg
7. Bestätigung der Wahl des Feuerwehrkommandanten und seiner Stellvertreter
8. Jahresabschluss 2019 mit Rechenschaftsbericht
9. Vergabe Leistungsphasen Architektenvertrag Neubau Kindergarten Bergnest
10. Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 06. Oktober 2021
11. Bekanntgaben der Verwaltung
12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen
13. Verschiedenes

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratuliert die Vorsitzende Gemeinderat Kick nachträglich herzlich zum Geburtstag und überreicht ihm eine kleine Aufmerksamkeit.

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 7/2021 vom 21. Juli 2021

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 7/2021 vom 21. Juli 2021 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 21. Juli 2021

In der Sitzung am 21. Juli wurde nur das letzte Protokoll zur Kenntnis genommen, Beschlüsse waren keine zu fassen. In der Sitzung am 22. Juli wurde die Hauptamtsleitung neu besetzt.

3. Bürgerfragestunde

Herr Augsten meint, in der letzten Sitzung des technischen Ausschusses sei über seinen Bauantrag entschieden worden. Er fragt, wie es nun weitergehe und wie lange er dauere bis mit dem Bau begonnen werden dürfe. Bürgermeisterin Müller-Vogel antwortet, die Entscheidung des Gemeinderates werden an das Landratsamt weitergegeben, dieses erteile die Baugenehmigung. Sie denkt dies geschehe zeitnah, für weitere Nachfragen müsse Herr Augsten sich direkt an das Landratsamt wenden.

4. "Bebauungsplan 'Oberer Kittel/Wüstes Stück'" weiteres ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Rechtsanwalt Behrendt, der in den Sachstand einführt und die Neuerungen vorstellt.

In der öffentlichen Sitzung vom 27.02.2019 hat der Gemeinderat den Bebauungsplan "Oberer Kittel/Wüstes Stück" mit seinen örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen. Mit der öffentlichen Bekanntmachung vom 22.11.2019 trat der Bebauungsplan in Kraft. Nach Durchführung eines Eilverfahrens aufgrund eines Antrags des Antragstellers BUND wurde bereits einmal ein ergänzendes Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Dieses endete am 16.12.2020 mit erneutem Satzungsbeschluss und Bekanntmachung vom 15.01.2021. Der Bebauungsplan wurde dabei rückwirkend zum 22.11.2019 in Kraft gesetzt.

Mittlerweile liegt ein weiterer Normenkontrollantrag und ein hierauf Bezug nehmender Eilantrag beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg vor. Gleichzeitig wurde im Baugebiet die Erschließungsplanung durchgeführt und die bauliche Erschließung bereits weitestgehend fertiggestellt. Dabei wurde erkannt, dass eine in der ursprünglichen Planung vorgesehene Mulde entlang der nordöstlichen Plangebietsgrenze, welche u. a. auch der oberirdischen Ableitung von Niederschlagswasser, das vorwiegend im Norden des Plangebiets bzw. jenseits der nördlichen Grenze des Plangebiets anfällt, dienen sollte, nicht erforderlich ist. Das Oberflächenwasser kann vielmehr über Kanäle im Plangebiet geordnet abgeleitet

werden. Da die Mulde zum einen nur unter erschwerten Bedingungen umsetzbar ist, zum anderen jedenfalls bei sehr seltenen und extremen Starkregenereignissen Probleme für die südlich gelegenen Grundstücke eher verstärken als lösen könnte, soll auf die Ausbildung jener Mulde im Bereich der Fläche PfG2 verzichtet werden. Außerdem werden mit der vorliegenden Änderung Ergänzungen und Klarstellungen zu den höhenbezogenen Festsetzungen vorgenommen. Näheres ergibt sich aus der den Sitzungsunterlagen beigefügten Begründung zum ergänzenden Verfahren. Dabei stellt die Begründung zum jetzt vorliegenden Heilungsverfahren einen Anhang zur bisherigen Begründung dar (vgl. Kapitel 13).

Ergänzendes Verfahren:

Eine Heilung/Änderung der Regelung ist durch ein sogenanntes "ergänzendes Verfahren" gemäß § 214 Abs. 4 BauGB möglich. Dabei wird der Bebauungsplanentwurf entsprechend modifiziert und dem Gremium erneut zum Beschluss vorgelegt und – da es sich um eine Änderung von Planinhalten handelt – eine erneute öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung durchgeführt. Zur Behebung des Mangels schlägt die Verwaltung vor, das beschriebene ergänzende Verfahren anzuwenden.

Zur Klarstellung: Es bedarf keiner Überzeugung, dass von der Antragstellerseite gerügte Mängel tatsächlich vorliegen bzw. zur (teilweisen oder gänzlichen) Planunwirksamkeit führen. Es genügt, wenn – wie hier gegeben – Zweifel bestehen.

Erneute öffentliche Auslegung:

Sofern der Gemeinderat den geänderten Bebauungsplanentwurf mit seinen örtlichen Bauvorschriften billigt, ist die erneute öffentliche Auslegung sowie die erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu beschließen. Dabei können beim ergänzenden Verfahren die Regelungen von § 4a Abs. 3 BauGB zur Anwendung kommen. Demnach kann die Auslegungsfrist des Bebauungsplanentwurfs angemessen verkürzt werden. Vorgeschlagen wird ein Zeitraum von 3 Wochen. Weiterhin soll festgelegt werden, dass Stellungnahmen nur zu geänderten Passagen im Bebauungsplan abgegeben werden dürfen. Diese sind im Entwurf durch gelbe Hervorhebung markiert.

Weiterer geplanter Verfahrensablauf:

Nach Ablauf der Auslegungsfrist und Anhörungsfrist der Behörden und Träger öffentlicher Belange werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates behandelt. Sofern sich durch die Stellungnahmen keine Änderungen am Bebauungsplanentwurf ergeben, kann danach der Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB gefasst werden. Mit der öffentlichen Bekanntmachung kann der Bebauungsplan wieder in Kraft gesetzt werden. Dabei ist – erneut – beabsichtigt, den geänderten Bebauungsplan rückwirkend zum Zeitpunkt seiner erstmaligen Inkraftsetzung in Kraft zu setzen. Dieser Zeitpunkt ist der 22.11.2019. Dies lässt § 214 Abs. 4 BauGB ausdrücklich zu. Umstände, die gegen eine solche rückwirkende Inkraftsetzung sprechen, sind nicht erkennbar.

Beschluss

1. Der Gemeinderat beschließt, ein weiteres ergänzendes Verfahren gemäß § 214

Abs. 4 BauGB durchzuführen

2. Der Gemeinderat billigt den überarbeiteten Bebauungsplanentwurf mit seinen örtlichen Bauvorschriften vom 09.09.2021

3. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB

- a) die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs mit seinen örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 09.09.2021;
- b) die erneute öffentliche Auslegung verkürzt, nämlich für eine Dauer von 3 Wochen, durchzuführen;
- c) zu bestimmen, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanes abgegeben werden können;
- d) die Verwaltung zu beauftragen, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB durchzuführen, auch dabei soll die Frist angemessen auf 3 Wochen verkürzt werden.

- 10 Ja-Stimmen, eine Enthaltung (Gemeinderat Dr. Haider) -

5. Anhörung von sachkundigen Einwohnerinnen zum Bürgerbegehren „Aussetzung des Hiebsplanes- rücksichtsvoller und sorgsamer Umgang- keine flächendeckende Rodung mit schwerem Gerät“

Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Aussetzung des Hiebsplanes der Gemeinde Gaiberg“ setzt die Anhörung von Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens voraus (§ 21 Abs. 4 GemO). Der genaue Wortlaut lautet wie folgt:

„Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der Vertrauenspersonen unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags.“

Da Frau Philipp und Frau Hoffmann im Unterschriftenformular nicht als Vertrauenspersonen benannt wurden, und sie sich nicht selbst dazu ernennen können und mangels Datums auch nicht belegbar ist, ob sie als erstes unterzeichnet haben (und somit ersatzweise als Vertrauenspersonen einrücken könnten), hat dieses Bürgerbegehren keine Vertrauenspersonen, die angehört werden können.

Deshalb werden ersatzweise als sachkundige Einwohnerinnen folgende Personen gehört:

Frau Heike Philipp, Am Schoepspfad 4, 69251 Gaiberg

Frau Heike Hoffmann, Hauptstraße 110/1, 69251 Gaiberg

Eine Beratung bleibt stattdessen dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt „Zulässigkeit des Bürgerbegehrens...“ vorbehalten, bei dem die sachkundigen Einwohnerinnen nicht mitwirken. Diese müssen sich daher vor dem Eintritt in den nachfolgenden Tagesordnungspunkt in den Zuschauerbereich begeben.

Die Bürgermeisterin begrüßt Frau Philipp und Frau Hoffmann, welche zum Bürgerbegehren angehört werden.

Die beiden Einwohnerinnen erklären ihre Beweggründe für das Bürgerbegehren. Sie seien die Stimme besorgter Menschen. Ihnen liege der Wald und sein Fortbestand am Herzen. Laut Hiebsplan sei ihrer Meinung nach zu viel Fällung

vorgesehen, dies könne so nicht weitergehen, man habe Verantwortung für künftige Generationen.

Beschluss

Der Gemeinderat hört die sachkundigen Einwohnerinnen des Bürgerbegehrens „Aussetzung des Hiebsplanes der Gemeinde Gaiberg“ gemäß § 21 Abs. 4 Satz 1 GemO an.

6. Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zur Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses zum Hiebsplan Gaiberg

Prüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Gemäß § 21 Abs. 3 S. 1 GemO kann die Bürgerschaft über eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, einen Bürgerentscheid beantragen.

Gegenstand des Bürgerbegehrens:

Die Bürgerinitiative „Aussetzung des Hiebsplans“ wendet sich gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 18.11.2020. Der Gemeinderat beschloss in der öffentlichen Sitzung den Forsthaushalt mit dem Hiebsplan für das Jahr 2021.

Zulässigkeitsvoraussetzungen des Bürgerbegehrens:

a) Bürgerentscheidungsfähiger Gegenstand

Die im Katalog des § 21 Abs. 2 GemO genannten Punkte sind einem Bürgerentscheid nicht zugänglich. Dies ist bei dem Bürgerbegehren „Aussetzung des Hiebsplanes der Gemeinde Gaiberg“ nicht der Fall. Beim Hiebsplan handelt es sich nach § 21 Abs. 3 GemO um eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist. Zudem darf über die Angelegenheit nicht bereits ein Bürgerentscheid innerhalb der letzten drei Jahre durchgeführt worden sein. Auch dies ist nicht der Fall. Dieser Beschluss wäre bürgerentscheidungsfähig, wenn nicht entscheidende Formfehler die Unzulässigkeit bewirken würden.

b) Notwendiges Quorum gemäß § 21 Abs. 3 Satz 6 GemO

Das Bürgerbegehren muss von mindestens 7 % der Bürger (vgl. § 12 GemO) unterzeichnet sein. Für Gaiberg bedeutet das, dass zum Zeitpunkt der Einreichung der Unterschriften am 27.07.2021 bei 1922 Wahlberechtigten mindestens 135 Unterschriften notwendig waren.

Am 27.07.2021 wurden von Frau Philipp und Frau Hoffmann 234 Unterschriften abgegeben. Eine Überprüfung der eingereichten Unterschriften wurde nicht durchgeführt, da das Bürgerbegehren die rechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen in vieler Hinsicht nicht erfüllt und deshalb vom Gemeinderat als unzulässig zurückgewiesen werden muss. Da Frau Philipp und Frau Hoffmann im Unterschriftenformular nicht als

Vertrauenspersonen benannt wurden, und sie sich nicht selbst dazu ernennen können und mangels Datums auch nicht belegbar ist, ob sie als erstes unterzeichnet haben (und somit ersatzweise als Vertrauenspersonen einrücken könnten), hat dieses Bürgerbegehren keine Vertrauenspersonen, die angehört werden können.

Ebenso ist für die Unterschriftengeber nicht ersichtlich, dass es sich um einen Bürgerentscheid handelt.

Form und Frist

Das Bürgerbegehren wurde ordnungsgemäß schriftlich eingereicht (§ 21 Abs. 3 S. 3 GemO).

Das eingereichte Bürgerbegehren richtet sich gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 18.11.2020 und muss gemäß § 21 Abs. 3 S. 3 HS 2 GemO innerhalb von 3 Monaten nach der Bekanntgabe des Beschlusses schriftlich eingereicht sein. Die Einreichungsfrist endete bereits am 31.03.2021 (die Frist wurde wegen Corona verlängert).

c) Fragestellung

Die zur Entscheidung bringende Frage muss hinreichend klar definiert und so formuliert sein, dass ein übereinstimmender Wille der Unterzeichner erkennbar ist. Die Frage muss mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Die Fragestellung des Bürgerbegehrens: „Aussetzung Hiebsplan/Wald an der Panoramastraße“ entspricht nicht diesen Anforderungen.

d) Begründung

Das Unterschriftenformular des Bürgerbegehrens enthält keine Begründung, die erkennen lässt, wofür sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens einsetzen. Das Begründungserfordernis ist nicht erfüllt (§ 21 Abs. 3 S. 4 GemO).

e) Anhörung der Vertrauenspersonen

Vor der Zulässigkeitsentscheidung durch den Gemeinderat sind die Vertrauenspersonen anzuhören (§ 21 Abs. 4 S. 1 GemO). Die Anhörung der Vertrauenspersonen, ist aus den oben genannten Formfehlern nicht möglich. Frau Philipp und Frau Hoffmann werden deshalb als Sachkundige Einwohner gehört, dies ist Gegenstand des vorangehenden Tagesordnungspunktes.

Ergebnis

Das Bürgerbegehren zur Durchführung eines Bürgerentscheids erfüllt nicht die formellen und materiellen Anforderungen. Es ist daher unzulässig. Das Bürgerbegehren ging nicht fristgerecht bei der Verwaltung ein. Der Gemeinderat muss das Bürgerbegehren für unzulässig erklären.

Gemeinderat Dr. Mühleisen verweist auf § 21 GemO BW, nachdem die ersten beiden Unterzeichnenden als Vertrauenspersonen gelten, sofern keine solchen benannt seien. Wer die ersten Unterzeichnenden waren sei hier nicht erkennbar.

Die Vorsitzende stimmt dem zu und meint, aus diesem Grund wären Frau Philipp und Frau Hoffmann als „sachkundige Einwohnerinnen“ und nicht als Vertrauenspersonen gehört worden.

Dr. Mühleisen fragt, wie viele Unterschriften zurückgezogen worden seien. Die Vorsitzende meint bei ihr hätten sich einzelne Personen gemeldet, welche sie an die Initiatorinnen verwiesen hätte. Bei diesen habe sich allerdings niemand gemeldet.

Beschluss

Der Gemeinderat erklärt die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens.

- Einstimmig -

7. Bestätigung der Wahl des Feuerwehrkommandanten und seiner Stellvertreter

Bei der Generalversammlung der Feuerwehr Gaiberg am Freitag, den 16.7.2021, fand die Wahl des Kommandanten und der beiden stellvertretenden Kommandanten statt. Der Feuerwehrkommandant und seine zwei Stellvertreter wurden von den aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr auf die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Dr. Peter Klehr wurde zum Kommandanten gewählt, Dr. Gerd Renner und Boris Kick wurden zu Stellvertretern gewählt.

Vor der Bestellung des Kommandanten und seiner Stellvertreter ist die Zustimmung des Gemeinderates nach § 8 Abs. 2 Feuerwehrgesetz erforderlich.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von Herrn Dr. Peter Klehr zum Kommandanten der Feuerwehr und Dr. Gerd Renner und Boris Kick zu dessen Stellvertretern zu.

- Einstimmig -

8. Jahresabschluss 2019 mit Rechenschaftsbericht

Rechnungsamtsleiterin Edinger stellt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Die erste Jahresrechnung auf der Grundlage des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts (NKHR) für das Haushaltsjahr 2019 schließt mit folgenden Ergebnissen ab:

1. Ergebnisrechnung

1.1.	Summe der ordentlichen Erträge	4.957.918,03 €
1.2.	Summe der ordentlichen Aufwendungen	- 4.885.752,65 €
1.3.	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	+ 72.165,38 €
1.4.	Außerordentliche Erträge	0,00 €
1.5.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €
1.6.	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	0,00 €
1.7.	Gesamtergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.6)	+ 72.165,38 €

2. Finanzrechnung

2.1.	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.746.302,20 €
2.2.	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 4.529.911,29 €
2.3.	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	+ 216.390,91 €
2.4.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	203.657,46 €
2.5.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.149.732,85 €
2.6.	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit	- 946.075,39 €
2.7.	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	- 729.684,48 €
2.8.	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
2.9.	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	83.106,04 €
2.10.	Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	- 83.106,04 €
2.11.	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	- 812.790,52 €
2.12.	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	- 13.006,17 €
2.13.	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.058.560,94 €
2.14.	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	- 825.796,69 €
2.15.	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.13 und 2.14)	1.232.764,25 €

3. Bilanz

3.1.	Immaterielles Vermögen	0,00 €
3.2.	Sachvermögen	15.811.714,73 €
3.3.	Finanzvermögen	2.092.662,04 €
3.4.	Abgrenzungsposten	11.950,00 €
3.5.	Nettoposition	0,00 €
3.6.	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	17.916.326,77 €
3.7.	Basiskapital	13.808.358,28 €
3.8.	Rücklagen	72.165,38 €
3.9.	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €
3.10.	Sonderposten	3.423.683,54 €
3.11.	Rückstellungen	26.391,00 €
3.12.	Verbindlichkeiten	518.461,43 €
3.13.	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	67.267,14 €
3.14.	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	17.916.326,77 €

Die **Gesamtergebnisrechnung** schließt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis in Höhe von 72.165,38 €. Im Haushaltsplan war ein positives ordentliches Ergebnis von 78.600 € ausgewiesen. Der Gemeinde Gaiberg ist somit die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs (und der Abschreibungen) gelungen. Die tatsächlichen Abschreibungen liegen mit rund 314.500 € deutlich über dem Planansatz von rund 159.600 €. Diese Entwicklung ist jedoch darauf zurück zu führen, dass bei der Planerstellung die Vermögensbewertung und Eröffnungsbilanz noch nicht abgeschlossen war.

Die Gemeinde hat den Ressourcenverbrauch vollständig erwirtschaftet und kann darüber hinaus das Eigenkapital erhöhen. Dem Haushaltsgrundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit wird somit in 2019 vollumfänglich Rechnung getragen.

Die **Gesamtfinanzrechnung** schließt mit einem Zahlungsmittelüberschuss aus der Ergebnisrechnung (sog. Cash-Flow) in Höhe von 216.390,91 €.

Bei den Investitionen wurden Ausgaben von rund 1,15 Mio. € getätigt. Insbesondere sind dies Auszahlungen für die Baumaßnahmen Ortsmittelpunkt, Gewerbegebiet „Mäuerlesäcker/Fritzenäcker“, Baugebiet „Oberer Kittel/Wüstes Stück“, Neubau Feuerwehrgarage, neue Orgelanlage in der Friedhofskapelle und die Weihnachtsbeleuchtung.

Dem gegenüber stehen Einzahlungen in Höhe von rund 204.000 €, welche sich überwiegend aus Zuweisungen und Zuschüssen ergeben.

Der Saldo der Investitionstätigkeit beläuft sich somit auf -946.075,39 €, welcher teilweise durch den o.g. Zahlungsmittelüberschuss gedeckt werden kann. Der danach verbleibende Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von 730.493,89 € kann durch den Anfangsbestand an Zahlungsmitteln aufgefangen werden.

Unter Berücksichtigung des Überschusses aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, welche vor allen Dingen durchlaufende Gelder darstellen (wie z. B. die kassentechnischen Abwicklungen der Einheitskasse mit dem Eigenbetrieb Wasserversorgung) ergibt sich eine Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln um -825.796,69 € auf einen Endbestand an Zahlungsmitteln (**liquide Mittel**) zum 31.12.2019 in Höhe von 1.232.764,25 €.

Der **Schuldenstand** der Gemeinde (ohne Eigenbetrieb) sank zum 31.12.2019 auf 171.812,84 €. Bei einer Einwohnerzahl von 2.398 Einwohnern zum 30.06.2019 beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung somit 71,65 €. (Die Pro-Kopf-Verschuldung inkl. Eigenbetrieb beträgt 211,76 €/Einwohner)
Die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 2.000.000 € musste nicht getätigt werden.

Die **Bilanzsumme** zum 31.12.2019 beträgt 17.916.326,77 €. Dies ist eine Zunahme gegenüber der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2019 um 429.079,72 €

Auf Nachfrage von Gemeinderat Dr. Hennrich nach den Unterschieden zwischen neuen und altem System meint Frau Edinger, der größte Unterschied sei, dass nun die Abschreibungen erwirtschaftet werden müssten.
Der Gemeinderat dankt Frau Edinger die gute Arbeit und die große Aufgabe des ersten Jahresabschlusses auf Grundlage des NKHR.

Beschluss

Gemäß § 95 in Verbindung mit § 95 b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat die Jahresrechnung 2019 gemäß Feststellungsbeschluss. Soweit noch nicht geschehen werden entstandene über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen genehmigt. Gleichzeitig wird den nach § 84 Abs. 2 GemO zulässigen überplanmäßigen Investitionsauszahlungen zugestimmt.

Der Beschluss ist gemäß § 95 b Abs. 2 GemO der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu geben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an 7 Tagen öffentlich auszulegen, in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

- Einstimmig -

9. Vergabe Leistungsphasen Architektenvertrag Neubau Kindergarten Bergnest

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung vom 24. März 2021 hat der Gemeinderat die Leistungsphasen eins und zwei des Architektenvertrages an das Büro O2r aus Sinsheim vergeben.

In der Sitzung im Juli 2021 wurde dem Gemeinderat die Machbarkeitsstudie zur Sanierung des Kindergartens vorgestellt.

Der geforderte Standard kann bei einer Sanierung des bestehenden Gebäudes nicht realisiert werden. Ein Anbau würde nicht die erforderlichen Räume ermöglichen und eine Aufstockung ist aus Gründen der Statik nicht möglich. Der Architektenvertrag wurde von Herrn Dr. Scheffczyk geprüft. Die Honorarzone und die Leistungsphasen wurden freigegeben.

Damit die Planungen für einen zeitgemäßen und kindgerechten Neubau beginnen können, sind die verbleibenden Leistungsphasen zu vergeben. Der Architektenvertrag liegt dem Gemeinderat vor.

Gemeinderat Dr. Haider findet nach wie vor nicht richtig wie hier in Bezug auf eine zweite Meinung verfahren worden sei. Er könne daher nicht zustimmen.

Gemeinderat Dr. Haider verliert eine Stellungnahme im Namen der Grünen Liste. Diese ist Anlage zum Protokoll.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der weiteren Leistungsphasen des Architektenvertrages an das Büro O2r aus Sinsheim.

- 8 Ja-Stimmen, eine Gegenstimme (Gemeinderat Dr. Haider, zwei Enthaltungen (Gemeinderat Dr. Hennrich, Gemeinderätin Klingmann))

10. Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 06. Oktober 2021

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2020 vom 18.11.2020
2. Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2020
3. Feststellung der Jahresrechnung 2020
4. Prüfbericht der GPA über die allgemeine Finanzprüfung des Verwaltungsverbandes Neckargemünd 2016-2019
5. Neufassung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd -Vorberatung-
6. Abschluss eines Vertrages zur Verwaltungsleihe zwischen dem Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd und der Stadt Neckargemünd -Vorberatung-

Die Vorsitzende meint in Bezug auf TOP 3 habe sich im Vergleich zum letzten Jahr nichts getan. Sie empfiehlt daher, auch in diesem Jahr dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt den Beschlussvorschlägen der Verbandsversammlung mit Ausnahme von TOP 3 zu.

- Einstimmig -

11. Bekanntgaben der Verwaltung

- Bezüglich des Wasserschadens in der neuen Ortsmitte sind die Trocknungsarbeiten abgeschlossen. Von Seiten der BGV wird der Gemeinde ein Büro zur Betreuung der Wiederherstellung der Gewerke empfohlen. Die Gemeinde muss dieses beauftragen, die Kosten werden jedoch von der Versicherung übernommen. In diesem Zuge wird noch der Heizverteiler auf die einzelnen Räume geändert, damit diese dann einzeln angesteuert werden können.
- Bei der Sitzung des Technischen Ausschusses vergangene Woche wurde nachgefragt, wann das FSt. 2734, das im Kenntnissgabe Verfahren auf der Tagesordnung war, seitens der Gemeinde veräußert wurde. In den Listen der Vergaben durch den Gemeinderat war dieses Flurstück nicht enthalten. Die Verwaltung hat nachgeschaut, es handelt sich um ein Grundstück der Ev. Pflege Schönauf.
- Eine Tafel des Naturparks war beschädigt und musste repariert werden. Herr Dr. Mühleisen hat freundlicherweise den Ab- und Aufbau der Tafel übernommen und auch den Transport und die Abholung in Eberbach. Hierfür einen herzlichen Dank.
- Im Zuge der Sanierung der L600 wurden von Mitgliedern des Gemeinderates und der Aktiven Gaiberger Gehwegpflaster ausgebaut und auf Paletten aufgesetzt, auch dafür herzlichen Dank.
- Die Hauptamtsleitung wird zum 15.10. neu besetzt. Sobald die neue Kollegin ihren Dienst begonnen hat wird sie auch öffentlich vorgestellt.

12. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt nach dem Stand bzgl. der Nikolaushütte. Die Vorsitzende meint hier habe es gestern einen Vororttermin gegeben. Gemeinderat Kick sei auch dabei gewesen, ebenso wie ein örtlicher Handwerker. Es sei die Form der Hütte und wie diese stehen solle festgelegt worden. Der Handwerker beginne nun mit der Planung und Erstellung eines Angebots. Für die Hütte sei ein Bauantrag nötig, so Müller-Vogel.

Gemeinderat Dr. Haider fragt nach dem Stand zwecks eines Pächters für die Ortsmitte. Die Vorsitzende antwortet man wolle neu ausschreiben, wenn man wisse wann die Arbeiten abgeschlossen seien. Es gebe noch keinen konkreten Zeitplan, sie hoffe aber dies sei noch in diesem Jahr der Fall.

Auf Nachfrage von Dr. Haider zum Stand bzgl. der Umfrage zum Breitbandausbau antwortet Bürgermeisterin Müller-Vogel, dass dies Thema in der Klausurtagung sein werde.

Dr. Haider spricht den Termin bzgl. Klimaschutz an, welcher abgesagt werden musste. Dieser werde am 10.11. nachgeholt, so die Vorsitzende. Dr. Haider meint

es habe einmal eine Abstimmung gegen Windkraftanlagen in Richtung Drei Eichen gegeben. Evtl. sollte man dies erneut diskutieren und ggf. revidieren.

Gemeinderat Dr. Hennrich fragt nach den Anregungen zum Ratsinformationssystem. Leider liegt hier noch immer keine Rückmeldung der Firma vor. Um zu vermeiden, dass alle Dateien einzeln heruntergeladen werden müssen will die Verwaltung die Sitzungsunterlagen künftig auch ZIP-komprimiert zur Verfügung stellen.

Gemeinderätin Dr. Arnold regt an im Rahmen der Klausurtagung, gerade vor dem Hintergrund der Überschwemmungen an der Ahr, das Thema Starkregenmanagement noch einmal aufzugreifen. Die Vorsitzende sagt, dazu gebe es eine Arbeitsgruppe, es solle die Geomer GmbH gefragt werden, was angebracht wäre.

Dr. Arnold regt an, auf der Website der Gemeinde Updates zu den Bauprojekten im Ort zu teilen, evtl. auch mit Zeitstrahl o.ä.. Bürgermeisterin Müller-Vogel meint man könne die Projekte in einer Bürgerversammlung vorstellen. Mit Zeitplänen wäre sie allerdings vorsichtig.

Gemeinderat Kick fragt nach dem Stand bezüglich des Schadens an der Pelletheizung. Die Vorsitzende meint sie werde das nun in die Hand nehmen und einen Anwalt zu Rate ziehen.

Gemeinderat Manfred Müller fragt, ob die Versicherung den durch den Wasserschaden in der Ortsmitte entstandenen Mietausfall übernehme. Die Vorsitzende will sich diesbezüglich erkundigen.

Gemeinderat Wallenwein sagt die neue Bank in der Schillerstraße sei nun an ihrem Platz und auch sehr schön und massiv.

Er meint weiterhin, im Neubaugebiet wachse viel Unkraut und fragt wer sich darum kümmere. Die Bürgermeisterin meint es gebe eine Ausschreibung gemeinsam mit der Bepflanzung des Spielplatzes.

Gemeinderat Volkmann meint die CDU habe 2 Bänke gestiftet, wovon eine in der Ortsmitte stehe. Er fragt wo die andere aufbewahrt sei, man solle sich einen neuen Platz dafür überlegen. Die Vorsitzende wird sich diesbezüglich erkundigen.

13. Verschiedenes

Gemeinderat Dr. Mühleisen kommt zurück auf TOP 5 und meint, die Bürgerinnen hätten hier von einer Rodung gesprochen. Dies sei nicht korrekt und der Begriff irreführend, weshalb er nicht genutzt werden solle.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 21.16 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Nina Wesselky
Angestellte



Stellungnahme zum Architektenauftrag Kindergarten Bergnest

In der heutigen Sitzung des Gemeinderats wurde der Auftrag zur Planung eines neuen Kindergartens an die Architekten Büro O2r aus Sinsheim vergeben.

Es steht auch für uns außer Zweifel, dass sich der Kindergarten nach ca. 36 Jahren in einem sanierungsbedürftigen Zustand befindet. Heute wurde mit dieser Abstimmung der Neubau des Kindergartens beschlossen. Diese Entscheidung erfolgte allein auf der Vorlage und Begründung, dass eine Sanierung nicht möglich oder zu teuer sei und zwar durch das gleiche Architektenbüro, das nun auch den Auftrag für die Planung des neuen Kindergartens bekommen hat.

Es ist eine Entscheidung über mehrere Millionen Euro und das allein auf Grundlage der Aussagen des gleichen Büros, das nun den Auftrag zum Neubau bekommen hat und dies ohne eine zweite externe Meinung eingeholt zu haben.

Wir halten diesen Vorgang für einen verantwortungslosen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Zur Klarstellung:

Uns ist eine gute Betreuung aller Kinder in Gaiberg grundsätzlich wichtig.

Es hätte natürlich auch sein können, dass ein zweites Gutachten zum selben Ergebnis gekommen wäre. Dann wäre aber diese heutige Auftragsvergabe wesentlich besser fundiert und diese große Investition könnte dann auch von uns in der Öffentlichkeit vertreten werden.

Gaiberg, 22.09.2021

Dr. Max. Haider

Dr. Hans-Jürgen Hennrich

Gisela Klingmann